

Einreichung Referendum „Stoppt die Zerstörung der St. Galler Landschaft – NEIN zur Baugesetzänderung“

24. April 2015

Claudia Friedl, Nationalrätin

Wir haben es geschafft!

In rund 4 Wochen sind 8111 Unterschriften zusammengekommen! Ein fantastisches Ergebnis und nur möglich, weil die Allianz für das Anliegen so breit abgestützt ist:

Gemeinsam haben die Parteien SP, Grüne, Grünliberale, EVP, JUSO, Junge Grüne, Junge Grünliberale sowie die Verbände Heimatschutz, Mieterverband, WWF, pro natura und VCS sich gegen die Zerstörung der St. Galler Landschaft eingesetzt und das Referendum gegen eine unsägliche Baugesetzänderung ergriffen. Diese würde dazuführen, dass im Kanton für die nächsten 15 Jahre nicht nur 12 Millionen m² Bauland zur Verfügung stehen, wie das die Regierung vorschlägt, sondern 6 Millionen mehr, das wären zusätzliche 1000 Fussballfelder!

Damit geht die Zerstörung der St. Galler Landschaft munter weiter. Das entspricht nicht dem Willen der St. Galler Bevölkerung.

Im Jahr 2013 hat die Schweizer Bevölkerung mit deutlichem Mehr und die St. Gallerinnen und St. Galler mit 64 % Ja-Stimmen gegen Economiesuisse, Gewerbeverband, Hauseigentümerverband, FDP und SVP die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) angenommen. Zentrale Anliegen des Raumplanungsgesetzes des Bundes sind, die Zersiedelung und den Verlust von ökologischen Flächen und von Kulturland zu stoppen. Dazu müssen die Kantone den künftigen Bedarf an Bauland anhand von Wachstumsszenarien berechnen und im Richtplan festlegen. Im Kanton St. Gallen ist gemäss Baugesetz die Regierung dafür zuständig. Sie wendete das Wachstumsszenarium „Mittel+“ an – was realistisch ist – und kam so auf eine Baufläche auf rund 12 Mio. m². Die Baulobby im Kantonsrat brachte eine Mehrheit hinter sich, die zusätzlich 6 Millionen will, weil unser Kanton anscheinend ein besonders hohes Wachstum aufweisen wird, was völlig unrealistisch ist und nur dazu führt, dass die Landschaft und Kultur- und Naturland weiter zerstört wird.

Damit diese überrissene Forderung vom Tisch ist, braucht es das Rückgängigmachen der Änderung des Baugesetzes. Dafür ist dieses Referendum.